

# Rathaus - Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:  
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662  
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

---

Samstag, 2. August 1969

Blatt 2125

## Von "Hörndl" auf "Körndl":

Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien stellt um  
=====

2. August (RK) In seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien genehmigte der Wiener Gemeinderat den Rechnungsabschluß 1967/68. beziehungsweise den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 1969/70 des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien. Im Jahr 1967/68 konnte der Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien einen Gewinn von fast zwei Millionen Schilling aufweisen. Die Anlagewerte stiegen hauptsächlich infolge namhafter Maschineninvestitionen um 1,3 Millionen Schilling. Die Gesamtinvestitionen beliefen sich auf 5,7 Millionen Schilling, darunter fast 4 Millionen für Inventaranschaffungen. Die Bauinvestitionen umfassen die Errichtung einer Tankstelle an der Ökonomie Lobau, die Neueindeckung des Getreidespeichers, die Aufstockung und den Umbau des Preßhauses am Magdalenenhof sowie die Fortsetzung der Fassadeninstandsetzung in der Domäne Laxenburg. Das Ackerland mit seinen 2.977 Hektar wurde in Bezug auf die Körnermaisfläche erweitert und auch die Weinbaugebiete stiegen von 13 auf 18 Hektar. Erstmals wurden im Gemüsebau auch Paradeiser angepflanzt.

Die Mastrinderhaltung wurde im Berichtsjahr abermals eingeschränkt. Gegenüber einem Verkauf von 488 Stück im Vorjahre sank dieser 1967/68 auf die Hälfte. Künftighin wird

./.

nur mehr eine auf das noch vorhandene, anderweitig nicht einsetzbare Personal zugeschnittene Stückzahl gehalten. Man ist im Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien bestrebt, von "Hörndl" auf "Körndl" umzusatteln. Dieser Bestrebung wird durch eine mustergültige Zuchtpflanzenproduktion zum Durchbruch verholfen.

#### Die Zukunft des Landwirtschaftsbetriebes

Aufbauend auf die kommende Ernte 1969 zeigt sich die Gesamtbetriebsfläche im Erfolgsplan 1969/70 infolge von Grundabtretungen für den Großgrünmarkt in Inzersdorf etwas kleiner als die des Vorjahres. Bei den einzelnen Feldfrüchten erhielten Hülsenfrüchte, Kartoffel, Zuckerrübensamen und Feldgemüse auf Kosten der um 180 Hektar kleineren Getreidefläche mehr Raum, die Maisfläche wurde geringfügig erhöht, Zuckerrüben und Ölfrüchte sind annähernd gleich geblieben.

Der Personalstand an ständigen Arbeitern sank seit dem Vorjahre von 135 auf 120 oder 11 Prozent. Die Lohnsumme zum Berichtszeitpunkt, verglichen mit dieser zur gleichen Zeit des Vorjahres, ist nach einer im Frühjahr 1968 erfolgten siebenprozentigen Lohnerhöhung annähernd gleich geblieben, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß durch den lang anhaltenden Winter die Frühjahrsarbeitsspitze 1969 mit den damit verbundenen erhöhten Lohnkosten hinausgezögert wurde. Im Hinblick auf die mit 1. März 1969 datierte abermalige Lohnerhöhung von sieben Prozent werden Wege gesucht, die Personalkosten dennoch in Grenzen zu halten. Die mit der Reduzierung des Rinderstandes zusammenhängende Personalersparnis wird dazu beitragen. Darüber hinaus sind Versuche größeren Ausmaßes mit Zuckerrüben, auf Endabstand gebaut, im Gange, um das sogenannte Vereinzeln und damit Saisonarbeiterlöhne einzusparen.

Besonders bemüht ist der Landwirtschaftsbetrieb, durch höhere Flächenleistung Kostensenkungen zu erzielen und die Handarbeit weitgehend durch den Einsatz von Maschinen zu ersetzen. Zwei 90 PS-Traktoren werden mit 5-Scharpflügen aus-

gestattet werden, deren Anschaffungspreis zwar hoch (40.000 Schilling je Stück) ist, andererseits aber durch höhere Flächenleistung Kostensenkungen bringt.

Die Ansätze des Landwirtschaftsbetriebes für 1969/70 erhöhten sich gegenüber den Ansätzen 1968/69 von 24,382.000 Schilling auf 24,921.000 Schilling.

#### Unterstützung für Jugendlager

=====

2. August (RK) In Wien gibt es seit kurzem das "Wiener Komitee für internationale Schulverständigung und Schüleraustausch" (WIKIS), dessen Ziel es ist, in Kindern und Jugendlichen verschiedener Nationen schon frühzeitig zwischenmenschliche Beziehungen zu erwecken und zu pflegen. Die WIKIS arbeitet mit dem Landesjugendreferat der Stadt Wien eng zusammen.

Im heurigen Jahr sind es zwei Unternehmungen, die mit Unterstützung des Landesjugendreferates dieser völkerverbindenden Arbeit dienen sollen.

Kürzlich verließ eine Gruppe 16 bis 18jähriger Mädchen und Burschen in Begleitung einer Lehrkraft die österreichische Bundeshauptstadt, um am Internationalen Jugendlager "Glasgow" in Schottland teilzunehmen. Die Kosten für diese Good-will-Reise werden vom Kulturamt der Stadt Wien und von der WIKIS bestritten.

Gleichfalls geholfen wird dem internationalen Jugendlager "Europolis", das ab dem 3. August in Haselbach, nahe Korneuburg, abgehalten wird. An diesem Europolis-Lager nehmen 500 Jugendliche aus zehn verschiedenen Nationen teil. Die Stadt Wien stellt neben finanzieller Hilfe auch verschiedene Sachleistungen zur Verfügung.

- - -

Gesperrt bis Sonntag, 3. August, 19.30 Uhr!

Bürgermeister Bruno Marek:

Die Budgeterstellung bei der Gemeinde Wien  
=====

Finanzierung des U-Bahn-Baues als Unsicherheitsfaktor

2. August (RK) Im Rahmen der Sendereihe "Wiener Probleme" sprach Bürgermeister Bruno Marek am Sonntag, dem 3. August, um 19,30 Uhr im Programm Österreich Regional von Radio Wien über die Budgeterstellung bei der Stadt Wien und den Unsicherheitsfaktor bei der Finanzierung des U-Bahn-Baues.

Im einzelnen führte der Bürgermeister aus:

"Die politischen Sommerferien begannen heuer etwas später als gewöhnlich. Noch im Juli wurde in der Öffentlichkeit über die verschiedensten innenpolitischen Themen diskutiert. Nun ist es ein wenig ruhiger geworden - und ich möchte diese Zeit nützen, um über ein Thema zu sprechen, das nicht immer die gebührende Beachtung findet: die Budgeterstellung für die Stadt Wien.

Oft hört man die Meinung ein Budget sei nur eine Aneinanderreihung von Zahlen. Hinter all den Zahlen verbirgt sich jedoch das pulsierende Leben unserer Gemeinschaft. Und wie sich das Leben ständig wandelt, so wandeln sich auch die Bedürfnisse, die Anforderungen und damit auch der Inhalt eines Budgets.

Ähnlich wie in einer Familie

So wie in einer Familie besprochen wird, welche Wünsche in nächster Zeit erfüllt werden können und worauf aus finanziellen Gründen verzichtet werden muß, so ähnlich geschieht dies im entsprechenden Maßstab bei der Planung eines Gemeindebudgets.

Mit unserem Haushaltsplan wird in vielfältigster Form eine Verbindung zwischen den Bewohnern unserer Stadt und allen Einrichtungen hergestellt. Er berührt direkt und indirekt jeden von uns, denn in ihm werden jene Grundsätze

verwirklicht, jene Akzente gesetzt, die für eine sinnvolle Planung in der Wirtschaft, für die Vollbeschäftigung, für die Höhe des Einkommens und damit für Wohlergehen und Wohlbefinden jedes einzelnen entscheidend sind.

#### Budget - gut überlegte Gebrauchsanweisung

Das Budget ist also eine gutüberlegte Gebrauchsanweisung, wie für die Wiener das bestmögliche geleistet werden kann. Schon aus diesen Gründen sollte sich jeder dafür interessieren, wie ein solcher Haushaltsplan zustandekommt.

Was ist nun ein Budget? Man versteht darunter jenen Plan, der die Ausgaben und die zu erwartenden Einnahmen für das kommende Jahr festsetzt. Das klingt recht einfach, birgt aber große Probleme in sich. In Zeiten einer wirtschaftlichen Hochkonjunktur wird man beispielsweise versuchen, Rücklagen für schlechtere Zeiten zu schaffen. Bei Stagnation muß getrachtet werden, die Wirtschaft durch gezielte Impulse in Gang zu halten oder neu anzukurbeln. Doch nicht nur bei den Ausgaben, auch bei den Einnahmen bedarf es umfassender Planungen, um jene Maßnahmen setzen zu können, die allen am besten nützen. Sie werden verstehen, daß ich im Augenblick noch nicht in der Lage bin, die Ausgaben des kommenden Jahres im Detail aufzuschlüsseln. Ich kann Ihnen aber heute schon sagen, daß der U-Bahn-Bau, der totale Hochwasserschutz für Wien, die Spitalsbauten, der Wohnbau, die Errichtung weiterer Sportstätten, Sporthallen, Bäder, Kindergärten und Pensionistenheime Schwerpunkte sein werden.

In den nächsten Wochen gehen die Vorarbeiten, die bereits im Frühjahr begonnen wurden, ihrem Abschluß entgegen. Ein Team von Fachbeamten leistet den vielleicht größten, umfangreichsten und schwierigsten Teil der Arbeit. Diese Spezialisten mit langjähriger praktischer Erfahrung entwerfen das Gerippe des Haushaltsplanes. Seit Monaten sind sie in den einzelnen Geschäftsgruppen dabei, die Erfordernisse

des nächsten Jahres zu klären und aufeinander abzustimmen. Bis zum Herbst müssen diese Vorarbeiten auf Beamtenebene abgeschlossen sein. Dann beginnt die Arbeit der Politiker. Der Budgetentwurf wird dem Finanzstadtrat vorgelegt, der seinerseits mit jedem einzelnen Stadtrat vorhandene Differenzen beilegt und notwendige Korrekturen vornimmt. Jeder der vierzehn Stadträte steht als Ressortchef einer Geschäftsgruppe vor. Jeder von ihnen ist selbstverständlich bemüht, die Interessen der ihm anvertrauten Geschäftsgruppe bestmöglich wahrzunehmen.

#### Reihung nach Dringlichkeit

Der Finanzstadtrat muß versuchen, alle Forderungen zu berücksichtigen andererseits aber auf den Boden der realen - in diesem Falle - finanziellen Möglichkeiten zurückzuführen. Einvernehmlich wird eine Reihung der wichtigsten Vorhaben nach ihrer Dringlichkeit durchgeführt. Sind diese Verhandlungen abgeschlossen, beschäftigen sich Stadtsenat und Finanzausschuß in gemeinsamer Sitzung mit dem Budgetentwurf.

Noch bevor aber dieser dem Gemeinderat zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt wird, hat jeder einzelne Wiener die Möglichkeit, in den Voranschlag Einsicht zu nehmen und persönliche Ansichten und Wünsche zu Papier zu bringen. Nach der Verfassung der Stadt Wien ist der Gemeinderat dazu verpflichtet, alle Anregungen und Wünsche zu behandeln. Von dieser Möglichkeit - ich stelle das mit Bedauern fest - wurde bisher von der Bevölkerung viel zu wenig Gebrauch gemacht. Die Stadtverwaltung wird auch heuer wieder rechtzeitig mitteilen, wann und wo der Budgetentwurf zur Einsicht aufliegt.

#### Gemeinde Wien kennt keine Budgetklausur

Das öffentliche Auflegen des Budgetentwurfes und die freimütigen Verhandlungen sollten in einer Demokratie selbstverständlich sein. Bei der Gemeinde Wien gibt es deshalb auch keine Budgetklausuren und Geheimtagungen. Je rascher und offener die Probleme an die Öffentlichkeit kommen, um so leichter wird man mit ihnen fertig. Vielleicht

müßte man schon in der Schule damit beginnen, auf die Bedeutung solcher Entscheidungen für die Gemeinschaft hinzuweisen.

### U-Bahn-Bau in politischem Fahrwasser "ertränkt"?

Liebe Wienerinnen und Wiener! Weil ich immer und überall offen spreche, so will ich Ihnen eine große Sorge mitteilen, die auch die Ihre sein muß. In den Vorbereitungen für das kommende Jahr hat sich plötzlich in einem entscheidenden Punkt ein Unsicherheitsfaktor aufgetan, der nicht auf unser Verschulden zurückzuführen ist. Es geht um die Finanzierung der U-Bahn. Fast überall in der Welt werden die Kosten für einen U-Bahn-Bau zum größten Teil, manchmal sogar zur Gänze vom Staat getragen. In Wien ist es zwischen Finanzminister Dr. Koren und Vizebürgermeister Slavik, unserem Finanzreferenten, zu einer vernünftigen Einigung gekommen, wonach sich der Bund zu einem Zuschuß von weniger als der Hälfte der Kosten verpflichtet. Dieser Bundesbeitrag ist sowohl vom Ministerrat als auch schon vom Nationalrat beschlossen worden. Buchstäblich im letzten Augenblick erhob nun die ÖVP-Mehrheit des Bundesrates Einspruch gegen den schon beschlossenen Bundesbeitrag. Es ist sehr bedauerlich, daß dieses für ganz Österreich wichtige und wirtschaftliche bedeutungsvolle Problem in rein politischem Fahrwasser buchstäblich "ertränkt" werden soll. Der Finanzminister wäre zu Verhandlungen bereit, konnte man in den Zeitungen lesen. Leider - so muß ich sagen - ist Wien zu solchen Verhandlungen aber noch nicht eingeladen worden. Selbstverständlich wäre der Finanzreferent der Bundeshauptstadt jederzeit bereit, ein solches Gespräch zu führen.

Bedenklich und besorgniserregend muß für uns Wiener aber sein, wenn von Sanktionen gegen einen autonomen Landtag gesprochen wird. Es ist einmalig in der Zweiten Republik, daß auf eine freigewählte Gebietskörperschaft wirtschaftlicher Druck ausgeübt wird. Alle Österreicher müßten daran interessiert sein, daß dieses Spannungsfeld rasch abgebaut wird. Es wäre also erfreulich, würde der Herr Finanzminister die erwähnte Verhandlungsbereitschaft in die Tat umsetzen. Warum sollte es denn nicht möglich sein, im Interesse der Wirtschaft und des Ansehen unseres ganzen Landes, dem großen U-Bahn-Projekt endlich "Freie Fahrt" zu geben."

- - -